



WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Zeitung **WAZ** des Ruhrgebiets

Donnerstag, 03. Juli 2003

[Kontakt](#)
[Probelesen](#)
[Impressum](#)
[Archiv](#)

**WAZ.de zur
Startseite machen**

Startseite

WAZ aktuell

Aus den Städten 

» Politik
 Wirtschaft
 Westen/Ruhrgebiet
 Aus aller Welt
 Sport
 Kultur / TV
 Computer
 Ratgeber
 InfoGrafik
 Karikatur

Medien

Wochenende
 Reisejournal
 Freizeit online

Dienste

Archiv
 Sporttabellen
 Börse
 Finanzen & Tarife
 Postkarten
 Kinoprogramm
 Restaurants

Service

Ticket-Shop
 Leser-Service
 Internet-Zugang

Radarstrahlen-Opfer sollen entschädigt werden



Neben einem Beleuchtungs-Radargerät steht ein Bundeswehrsoldat bei einer Informationsveranstaltung in Mechernich.

ap-Archivbild

fast 3000 Entschädigungsanträge von Soldaten vor, die sich während ihrer Bundeswehrzeit hoher Radarstrahlung ausgesetzt sahen und vom Dienst in der Armee nie mehr erholten. Gerade 13 Anträge sollen bislang positiv beschieden worden sein. Vorrangig in den 60er und 70er Jahren hatte das Wartungspersonal offenkundig nur unzureichend geschützt an Kampffjets und Raketen gearbeitet. Vor Jahresfrist kündigte deshalb der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD)

Sie verrichteten ihren Dienst in Friedenszeiten und lebten doch hoch gefährlich. Tausende Bundeswehrsoldaten und NVA-Angehörige sind offenbar in den vergangenen Jahrzehnten durch militärische Radargeräte verstrahlt worden. Jetzt sollen sie entschädigt werden.

Die Liste der Leiden ist lang, nur klassische Kampfverletzungen tauchen nicht auf. Stattdessen Krebs, Herzschäden, Unfruchtbarkeit. Dem Verteidigungsministerium liegen

POLITIK

KOMMENTARE

Mehdorn ist gelandet

Und sie bewegt sich doch, die Bahn. Bravo!...

[mehr](#)

Weitere Kommentare:

> [Preis der Entlastung](#)
 > [Opfern schnell helfen](#)

DAS STICHWORT

Beim Namen genannt

Das Europäische Parlament hat strenge Regelungen für die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Organismen beschlossen. Danach...

[mehr](#)

ZUR PERSON

Für hartes Durchgreifen bekannt

Anzeigen und Märkte

Auto
Immobilien
Stellenanzeigen
Inserieren
Anzeigenpreise
Online werben

Kontakt

Impressum
Zentralredaktion
Lokalredaktionen
Geschäftsstellen
Anzeigenabteilung
Der Weg zur WAZ

**MR. CHECK**

1. Wort markieren
2. Button anklicken
3. Erklärung erscheint!

eine großzügige Entschädigung der Opfer an.

Bis zum gestrigen Mittwoch aber beriet zunächst eine "Radarkommission" über die weitere Behandlung der oft sehr traurigen Fälle. Der Verteidigungsausschuss hatte das Expertengremium unter Leitung von Wolfram König, des Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, eingesetzt. Der Befund der Sachverständigen nach intensiver Forschungsarbeit: Die Radar-Opfer haben Anspruch auf Entschädigung. Vor allem jenen Soldaten, die in den Aufbaujahren der Bundeswehr ihren Dienst an der Waffe taten, widmet sich das 171 Seiten starke Dossier in höchst interessanter Weise. Bis 1975 sei nämlich eine Strahlenbelastung durch Radargeräte kaum nachweisbar gewesen, weshalb eine pauschale Entschädigung empfohlen werde. Ein wirklicher Strahlenschutz sei dann zumindest für die westdeutschen Soldaten ab 1985 erkennbar, so dass auch die Mühen einer Einzelfallprüfung nicht gescheut werden dürften. Deutliche Kritik gab es für eine bislang unterschiedliche Bewertung der Opferanträge, die sich am früheren Beschäftigungsstatus orientierte.

Fortan werde der Abschlussbericht der Expertenkommission maßgeblich sein für das Handeln der Regierung, versprach Staatssekretär Walter Kolbow (SPD). Eine praktikable Entschädigungsregelung soll her. Und Grünen-Verteidigungspolitiker Winfried Nachtwei ließ auch ein generelles Umdenken im Umgang mit den Opfergruppen erkennen. Die Soldaten müssten der Bundeswehr vertrauen können.

02.07.2003 Von WAZ-Korrespondent Tobias Blasius, Berlin

ARTIKEL VERSENDEN

ARTIKEL DRUCKEN

◀ ————— ▶

Startseite Politik Wirtschaft Westen/Ruhrgebiet Aus aller Welt Sport Kultur/TV
Computer Ratgeber Infografik Karikatur Wochenende Reisejournal Freizeit online
Archiv Sporttabellen Börse Finanzen & Tarife Bahn-Ticketsharing Postkarten
Ticket-Shop Internet-Zugang Auto Immobilien Stellen Inserieren
Anzeigenpreise Online werben Impressum Zentralredaktion Anzeigenabteilung
Weg zur WAZ

Die Inhalte auf dieser und den übrigen Seiten sowie die Gestaltung der Seiten unterliegen dem Urheberrecht der Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost und J. Funke GmbH & Co. Die Verbreitung ist nur

Papst Johannes Paul II. hat am Dienstag einen neuen Erzbischof für die Diözese Boston ernannt, die im vergangenen Jahr vom Skandal um...

[mehr](#)

EXTRA

■ **Reise durch Vietnam**

WAZ-Redakteur Michael Muscheid berichtet

■ **Die Bundesregierung**

Das Kabinett auf einen Blick

■ **Die NRW-Landesregierung**

Das Kabinett auf einen Blick

WEB-TIPP

■ **Mehr Europa**

Infos der Europäischen Union in Deutschland zur EU-Erweiterung

KONTAKT

Redaktion Politik

mit schriftlicher Genehmigung des Verlages zulässig. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigung auf CD-ROM.